

# Rekurs von Esther Schlatter abgewiesen

**WETZIKON** Stadträtin Esther Schlatter (GLP) rekurrierte gegen den Beschluss des Wetziker Stadtrats, nachdem ihr das Ressort Energie entzogen worden war. Nun hat der Bezirksrat Hinwil den Rekurs abgewiesen. Er beschreibt Schlatters Umgangston als «autoritär und kompromisslos».

Der Stadtrat Wetzikon hatte sich am 20. Dezember für den Rest der Amtsdauer teilweise neu konstituiert. Das Teilressort Energie, dem Stadträtin Esther Schlatter vorgestanden hatte, teilte er dem Stadtrat Heinrich Vettiger (SVP) zu. Auch das Präsidium der Energiekommission, das Schlatter innegehabt hatte, übernahm Vettiger. Gegen diesen Stadtratsbeschluss rekurrierte die GLP-Stadträtin beim Bezirksrat Hinwil. Sie beantragte die Aufhebung des Beschlusses.

## «Geeignete Massnahme»

Am Donnerstag hat der Bezirksrat seinen Entscheid bekannt gegeben. Er erachtet die Neukonstituierung als sachlich begründet und die Einsetzung eines neuen Vorstands für das Ressort Energie als geeignete Massnahme, schreibt er in einer Mitteilung. Die Begründung basiert darauf, den ordnungsgemässen Betrieb der Stadtwerke und die konstruktive Zusammenarbeit der Behörden, des Ressortvorstehenden und der Geschäftsleitung der Stadtwerke wiederherzustellen.

Im Sinne einer gewissen Beständigkeit der Behördenarbeit gelte die Konstituierung grundsätzlich für die gesamte Amtsdauer. Der Bezirksrat hält jedoch fest: «Liegen sachliche Gründe vor, kann eine Neukonstituierung auch während der Amtsperiode erfolgen». Voraussetzung sei, dass sogar Ausstehende die Notwendigkeit einer Neukonstituierung nachvollziehen könnten.

## Zusammenarbeit schwierig

Der Stadtrat hat den Entzug des Teilressorts mit der nachhaltigen gestörten Zusammenarbeit zwischen Stadträtin Schlatter und der Geschäftsleitung der Stadt-

werke begründet. Das Verhalten des Leiters der Stadtwerke einerseits und der Kommunikationsstil und Umgang Schlatters mit den Mitarbeitern andererseits seien ursächlich für diese Situation. Die GLP-Stadträtin beschuldigte wiederum den Stadtrat, willkürlich gehandelt zu haben. Er wolle ihr politisch schaden und ihre Abwahl einleiten.

In seinem Beschluss stellt der Bezirksrat fest, dass die Zusammenarbeit von Schlatter mit der gesamten Geschäftsleitung der Stadtwerke in der zweiten Jahreshälfte 2017 «ausserordentlich konfliktbehaftet war». Die Konfliktsituation habe darin gipfelt, dass der Leiter der Stadtwerke seine Stelle kündigte und die Mitglieder der Geschäftsleitung anlässlich einer Aussprache in der Stadtkanzlei eine weitere Zusammenarbeit mit Schlatter als nicht mehr möglich bezeichneten.

## Probleme nicht bereinigt

Nichts habe zu einer Bereinigung geführt: weder verschiedene Gespräche unter Einbezug des Stadtpräsidenten und der Personalverantwortlichen der Verwaltung noch ein Rechtsgutachten, das die Kompetenzabgrenzung zwischen Energiekommission, Ressortvorstand und Geschäftsleitung bestimmen sollte. Auch eine Mediation brachte keinen Erfolg.

Nachdem der Bezirksrat die Akten der Parteien gesichtet hatte, zeichnet er folgendes Bild: Die Zusammenarbeit von Schlatter einerseits und der Stadtwerke-Geschäftsleitung und deren Mitarbeitern andererseits war von wenig gegenseitiger Bereitschaft geprägt, Missverständnisse und auftretende Probleme im Dialog auf Augenhöhe zu bereinigen. Schlatter habe sich «grundsätzlich zu Recht»



«Erschreckende Argumentation»: Für Esther Schlatter (GLP) ist der Entscheid des Bezirksrats unverständlich. Archivfoto: Christian Merz

auf ihre hierarchisch übergeordnete Position berufen. Die Leitung habe derweil auf den ihrer Meinung nach gemäss geltenden Reglementen und Geschäftsordnungen festgelegten Verfahren und Abläufen beharrt.

## Autoritär und kompromisslos

Den Umgangston Schlatters mit den Mitarbeitern beurteilt der Bezirksrat jedoch als «autoritär, kompromisslos und teilweise wenig wertschätzend». Dass sich Mitarbeiter dadurch vor den Kopf gestossen fühlten, sei nachvollziehbar. Esther Schlatter habe zudem Entscheide getroffen, ohne zuvor mit der Leitung der Stadtwerke Rücksprache zu halten. Im Gegenzug hätten sich der

Leiter und die Mitglieder der Geschäftsleitung den Anweisungen ihrer Vorgesetzten widersetzt. Sie ignorierten auch die Feststellungen und Schlussfolgerungen des Rechtsgutachtens, das Schlatter zur rechtlichen Einordnung der Stadtwerke in die Verwaltungsorganisation in Auftrag gegeben hatte.

Die Beantwortung der Frage, wer die verfahrensmässige Situation verursacht hat, ist laut Bezirksrat untergeordneter Natur. Zwischen Schlatter und den Mitarbeitern habe schlicht keine konstruktive und ergebnisorientierte Zusammenarbeit mehr stattgefunden. Im Laufe des Konflikts seien auch die Mitglieder der Energiekommission und des

Stadtrates sowie die Mitarbeiter der Stadtkanzlei involviert gewesen. Deswegen erachtet es der Bezirksrat als unwahrscheinlich, dass diese Konflikte mit der Kündigung des Leiters der Stadtwerke beigelegt gewesen wären.

Daher sei der Ressortentzug durch den Stadtrat sachdienlich begründet. «Die Neukonstituierung sollte das Funktionieren der Stadtwerke sicherstellen und gewährleisten, dass deren Aufgabenerfüllung nicht durch persönliche Streitigkeiten um Kompetenzen behindert wird», so der Bezirksrat.

## Ursachen nicht berücksichtigt

Am Donnerstagnachmittag äusserte sich Esther Schlatter via Medienmitteilung zum Entscheid. Dieser sei «unverständlich, die Argumentation erschreckend». Der Bezirksrat habe einen politischen Entscheid zugunsten des Stadtrats gefällt, ohne die Ursachen des Konflikts in Erwägung zu ziehen. «Obwohl sich die Geschäftsleitung der Stadtwerke weigerte, die gültigen Kompetenzen zu akzeptieren und die Anweisungen der Vorgesetzten umzusetzen, stützt er den Entscheid des Stadtrats.» Der Bezirksrat erachte es anscheinend als legitim, wenn sich Mitarbeiter sowohl über Kompetenzen wie auch über die Anweisungen der Vorgesetzten hinwegsetzten. Besonders störend ist für Schlatter, dass sich der Bezirksrat bei der Beurteilung des Falls auf die Aussagen dieser Mitarbeiter gestützt habe.

«Die Konsequenz dieses Entscheides ist, dass sich jegliche Mitarbeiter einer öffentlichen Verwaltung den Anweisungen und Kompetenzen der Vorgesetzten widersetzen und sogar zuwiderhandeln dürfen», schreibt Schlatter. «Sollte sich der Vorgesetzte auf das bestehende Recht berufen, darf man ihn aus dem Amt entfernen. Nicht weniger als dies wird vom Bezirksrat gestützt.»

Die GLP-Stadträtin versteht die Welt nicht mehr: «Obwohl

mir im Gegensatz zur Geschäftsleitung der Stadtwerke keine Übertretungen vorgeworfen werden können und ich mich immer an die rechtlich festgelegten Kompetenzen gehalten habe, deckt der Bezirksrat den Entscheid des Stadtrats.» Für Normalbürger sei das kaum verständlich, so Schlatter.

Ganz anders die Reaktion des Stadtrats. «Wir sind erleichtert, dass der Bezirksrat unser Vorgehen stützt», sagt Stadtpräsident Ruedi Rüfenacht (EVP). Der Entscheid erlaube es dem Stadtrat, in Ruhe weiterzuarbeiten. «So wie das in den letzten Monaten der Fall war.» Überrascht hätten ihn die deutlichen Aussagen des Bezirksrats in der Urteilsbegründung, sagt Rüfenacht. «Wir waren uns nicht sicher, wie klar sich der Bezirksrat dazu äussern wird.»

## Rüfenacht entlastet

Wie aus dem Entscheid hervorgeht, lastete Schlatter dem Stadtpräsidenten ein Mitverschulden an der schwierigen Situation an. Ein solches stellte der Bezirksrat aber nicht fest. Schlatter warf Rüfenacht zudem vor, seine Kompetenzen beim Rekrutierungsverfahren für die Besetzung der Stelle des Leiters der Stadtwerke zu überschreiten.

Auch dies verneinte der Bezirksrat zur Erleichterung Rüfenachts. «Ich bin froh, dass der Bezirksrat dazu etwas sagte», so der Stadtpräsident. «Für mich persönlich ist es wichtig, dass der Bezirksrat feststellte, dass alles richtig abgelaufen ist.»

In einem Punkt unterlag der Stadtrat. Er forderte nämlich, auf den Rekurs sei gar nicht einzutreten, da dieser nicht legitim sei. Der Bezirksrat hingegen bejahte die Rekurslegitimation. Das sei für den Stadtrat kein Wermutstropfen, sagt Rüfenacht. Dadurch habe Schlatter aber die Möglichkeit, eine weitere Rekursinstanz anzurufen. Ob sie dies tun werde, liess die Stadträtin gestern auf Anfrage noch offen.

Andreas Kurz, Tanja Bircher

# So trickst der Gemeinderat Parksünder aus

**GOSSAU** Die geplanten Deponien in Gossau sorgten auch am Gewerblermorge in Gossau für Ärger. Zudem sprach der Gemeinderat Gossau über Pläne mit dem Land Eich und Baustellenliste an der Industriestrasse.

Das Konzept Gewerblermorge, vom Gemeinderat Gossau organisiert, bewährt sich offenbar. Im 15. Jahr verzeichnet der einmal jährlich stattfindende Anlass mit 125 Angemeldeten eine Rekordbeteiligung. Die Altrüti ist voll. Und die Traktandenliste auch. Der Gemeinderat nutzt das Morgenessen jeweils, um eine Reihe von Neuigkeiten unter Volk zu bringen. Hier die Übersicht:

## Deponien in Gossau

Der Kanton Zürich plant zwei grosse Deponien für Bauabfälle respektive Verbrennungsschlacke auf Gossauer Gemeindegebiet: Tägernauerholz und Leerüti. Der Gemeinderat würde jene im Tägernauerholz gerne komplett verhindern, glaubt aber nicht, dass er das schafft. Gemeindepräsident Jörg Kündig (FDP) sagt am Anlass: «Der Kanton will nun die Volumen der beiden geplanten Deponien auch noch massiv erhöhen. Momen-

tan geht es uns darum, dies zu verhindern.» Aber auch das werde wohl schwierig. «Am Ende ist jeder froh, wenn er es nicht auf dem eigenen Gemeindegebiet hat.» Diverse Fragen kommen dazu aus dem Publikum. Etwa, ob ein Entgelt aus der Bundeskasse möglich sei. Und wie viel Mehrverkehr die Deponien generieren würden. Bezüglich Entgelt weiss Kündig nicht genau Bescheid. Beim Mehrverkehr rechnet er bei maximalem Volumen mit 400 Lastwagen pro Deponie und Monat. «Das ist massiv», findet ein Gewerbler. «Dabei versucht der Kanton überall, den Verkehr zu beruhigen.»

## Areal Eich

Die Gemeinde Gossau ist seit den 1970er Jahren im Besitz eines Landstücks auf dem Areal Eich in Gossau. Zwei grosse Parzellen davon sind nun bereits überbaut. Nun will er die letzte Etappe in Angriff nehmen, wie Planungsvorsteher Daniel Baldenweg (EVP) den Gewerbler darlegt. Die Exekutive will das Landstück nicht verkaufen, sondern im Baurecht abgeben. Die Ausschreibung sei auch schon durch. Dabei habe sich ein Investor finden lassen, der umgerechnet 1820 Franken pro Quadratmeter bezahlen will. Die Auflage

der Gemeinde: Mietwohnungen ohne Subventionierung zu bauen. Kündig erklärt: «In Gossau gibt es gut 54 Prozent Wohneigentum. Das ist ein hoher Wert, deshalb wollten wir Mietwohnungen auf diesem Landstück fördern.» Laut Baldenweg ist der Baurechtsvertrag für 62 Jahre geplant. Und er soll der Gemeinde über diese Zeit hinweg rund 35 Millionen Franken in die Kassen spülen. Am 11. Juni muss die Gemeindeversammlung darüber befinden.

## Industriestrasse

Tiefbauvorsteher Marc Huber (parteilos) macht auf Probleme an der Industriestrasse aufmerksam. Konkret geht es darum, dass täglich bis zu 15 Fahrzeuge der Strasse entlang parkiert werden. «Der Gemeinderat ist aber der Meinung, dass die Strasse zum Fahren vorgesehen ist – und allenfalls für Warenumschläge.» Nun sei er bei der Kantonspolizei vorstellig geworden, um ein Parkverbot zu erzielen. Damit sei man aber gescheitert. Ein weiterer Plan war, Parkfelder auf privaten Grundstücken zu erstellen. Auch dieses Ansinnen sei aber nicht von Erfolg gekrönt gewesen. «Es gibt aber an sich genügend Parkplätze beim nahen Fussballplatz.»

So appelliert Huber an die Eigenverantwortung der Gewerbebetriebe in der Gossauer Industrie. Und eine zweite Massnahme hat er auch noch in der Hinterhand. «Wir haben einige Hecken dort. Für Unterhaltsarbeiten haben wir die Handhabung, ein temporäres Parkverbot für ein bis zwei Wochen auszustellen.»

Das nutzen wir nun voll aus.» Kündig ergänzt: «Wenn dort also ein Parkverbot wegen Baustelle herrscht, aber kein Bauarbeiter zu sehen ist, dann handelt es sich um eine rein taktische Baustelle.»

## Gewerbemesse 2020

Gewerbevereinspräsidentin Silvia Berger informiert über die geplante Gewerbemesse 2020, die allerdings keine klassische Messe, sondern «ein cooles Dorf-fest» werden soll. Statt den Anlass nur dem Gewerbe zu öffnen, wolle man auch Vereine oder andere Gruppen aus der Bevölkerung integrieren.

Vorgesehen ist eine «Fressmeile» zwischen Altrüti und Schulhaus Berg. Im Schulhaus sollen die Gewerbler dann ihre Stände zeigen. Und in der Altrüti ist ein Abendprogramm geplant. Konkret ist der Anlass noch nicht, zumal er erst vom 11. bis 13. September 2020 stattfindet.

Doch melden können sich Interessierte jetzt schon.

## Kreisel im Grüt

Ein Grütner Gewerbler will wissen, wie die Planung bezüglich Kreisel im Grüt aussehe. Das Projekt ist seit vielen Jahren beim Kanton hängig. Marc Huber sagt, dass er diesbezüglich nicht viel mehr als die Bevölkerung weiss. Immerhin kann er sagen, dass ein überarbeitetes Projekt nächstes Jahr bei den Gemeinden in die Vernehmlassung gehen soll. Und dass die Gemeinde die Kosten für die Umsetzung im Finanzplan aufs Jahr 2023 eingestellt hat.

## Steuersatz

Ein Gewerbler will wissen, wie sich der Gossauer Steuersatz bis 2023 entwickeln wird. Jörg Kündig sagt, das sei natürlich nicht exakt prognostizierbar. Allerdings zeichnet er einen Finanzplan, der bis in jene Jahre regelmässig von sechsstelligen Ertragsüberschüssen ausgeht. Den Steuerfuss wolle man deswegen aktuell aber nicht senken, sagt er mit Blick auf die Gemeindeverschuldung. Vielmehr wolle man die Überschüsse nutzen, um die Schulden zu senken. «Ziel des Gemeinderats ist ein stabiler Steuerfuss.» David Kilchör

## In Kürze

### DÜRNTEN

#### Vernissage in der Seidenfabrik

Der Künstler Wélé Bertschinger verarbeitet in seinen Werken Stein, Eisen und Holz. In der Seidenfabrik Dürnten werden ab heute seine gemalten Bilder zu sehen sein. Die Vernissage beginnt heute um 17 Uhr, die Ausstellung läuft bis am 26. Mai. zo

### BÄRETSWIL

#### Freudenschuss im Letten

Die deutsche Kabarettistin Katie Freudenschuss tritt heute Freitag um 20 Uhr in der Aula Schulhaus Letten in Bäretswil auf. Sie wurde am Kleinkunstfestival Burgdorf und in Aadorf mit dem 1. Preis ausgezeichnet. Das aktuelle Programm der Hamburger Sängerin heisst: «Bis Hollywood is eh zu weit». zo

### WETZIKON

#### Konzert im Raum 132

Am Samstag, 24. März, um 21 Uhr findet im Wetziker Raum 132 ein Konzert des Monkee Palace Orchestra statt. zo